

«Man ist feindseliger als im Kalten Krieg»

Putins Angriff auf die Ukraine sei ein Weckruf für den selbstgefälligen Westen, sagt Francis Fukuyama im Gespräch mit Lukas Leuzinger. Der Liberalismus bleibe das einzige System, das langfristigen Erfolg bringe – doch er müsse seine inneren Widersprüche lösen

Herr Fukuyama, Sie schrieben kürzlich, dass Wladimir Putin den Krieg in der Ukraine verlieren könnte. Hat der russische Präsident mit seinem Angriff die liberale Demokratie gestärkt?

Es ist zu früh, das zu beurteilen. Aber ich denke, dass er uns an die Vorteile einer liberalen Gesellschaft erinnert hat. Sein Einmarsch in der Ukraine ist eine direkte Auswirkung seiner Ein-Mann-Diktatur, und er zeigt die Gefahren eines solchen Systems. Dies wird auch Folgen haben für populistische Führer in westlichen Demokratien wie Marine Le Pen, Matteo Salvini oder Donald Trump, die alle Sympathien für Putin bekundet haben. Die Invasion macht deutlich, dass die tatsächlichen Folgen des Putinismus Aggression, Zerstörung von Nachbarländern und unkontrollierte Gewalt sind. Das ist wahrscheinlich eine hilfreiche Lektion für viele.

Wenn wir uns die jüngsten Wahlen in Ländern wie Ungarn oder Frankreich ansehen, scheinen diese Politiker allerdings keinen hohen Preis zu zahlen.

Nun, es ist noch früh. Aber je nachdem, wie der Krieg verläuft, wird er die Art und Weise beeinflussen, wie die Leute über die populistische Agenda denken. Langfristig könnte Putin immer noch die Oberhand gewinnen, wenn es ihm gelingt, den Donbass zu erobern, den Konflikt einzufrieren und die Ukraine schrittweise zu zermürben. Die Auswirkungen auf die Demokratie wären fatal. Gelingt es den Ukrainern hingegen, die Russen aus den bisher eroberten Gebieten zu vertreiben und ihnen echte Kosten aufzuerlegen, dann werden die Leute die Situation anders bewerten.

War der Angriff ein Weckruf für die liberalen Demokratien? Sind wir in den letzten Jahrzehnten selbstgefällig geworden und haben den Liberalismus für selbstverständlich gehalten?

Ja. Wir hatten eine sehr lange Zeit des Friedens, zumindest in Europa. Die meisten Leute, die in liberalen Demokratien leben, haben nicht wirklich erwartet, dass es einen grossen Krieg geben wird, der sie direkt bedroht, und doch ist genau das passiert. In dieser Hinsicht ist es eine gute Erinnerung daran, dass die Welt immer noch gefährlich ist und wir uns auf diese Art von Eventualitäten vorbereiten müssen. Vor allem in Europa bestand die Hoffnung, dass stärkere wirtschaftliche Beziehungen sowohl zu Russland als auch zu China zur Mässigung beider Länder beitragen würden. Das ist offensichtlich nicht passiert.

Erleben wir einen neuen kalten Krieg zwischen autoritären und demokratischen Ländern?

Nun, sie bewegen uns in diese Richtung. Die Situation ist insofern anders, als die wirtschaftliche Verflechtung des Westens mit Russland und China viel grösser ist, als sie es mit der Sowjetunion war, vor allem im Fall Chinas. So kann nicht die gleiche Isolation der beiden Blöcke entstehen. Doch der politische Druck auf Europa, die Energieimporte aus Russland abzubauen, ist gross. Und selbst wenn das nicht sofort geschieht, ist den meisten Europäern klargeworden, dass eine Abhängigkeit von Russland sehr gefährlich ist. Es wird eine wirtschaftliche Trennung geben. Und sicherlich ist die politische Feindseligkeit in gewisser Weise noch grösser als während des Kalten Krieges wegen der Greuelthaten, welche die Russen begangen haben.

Wird die Globalisierung gerade zurückgedrängt?

Nun, sie wurde schon vor dem Krieg zurückgedrängt. Die Covid-Pandemie hat vielen Leuten vor Augen geführt, dass eine zu starke Abhängigkeit von anderen Ländern gefährlich sein kann. Ich glaube nicht, dass diese Abhängigkeit verschwinden wird, vor allem nicht im Fall von China. Aber bei bestimmten



«Die Personenfreizügigkeit hat zu einer gigantischen Völkerwanderung geführt», sagt Francis Fukuyama. L. CENDAMO / HULTON ARCHIVE / GETTY

strategischen Gütern überdenken die Staaten ihre Abhängigkeit sehr sorgfältig. Zu den wichtigsten dieser Güter gehören jene, die für eine Hightech-Wirtschaft notwendig sind: Halbleiter, Batterien oder seltene Erden.

Würden Sie sagen, dass die liberale Demokratie stärker durch externe Bedrohungen oder durch interne Konflikte herausgefordert wird?

Das hängt von dem jeweiligen Land ab. Die osteuropäischen Nato-Mitglieder sind einer direkten Bedrohung durch Russland ausgesetzt, die die USA nicht kennen. Die USA werden stärker von innen bedroht. Donald Trump und seine Anhänger sind von Putin manipuliert worden und scheinen gerne mit Russland zusammenzuarbeiten. Mit solcher internen Subversion hatten wir während des Kalten Krieges nicht zu tun. Doch letztlich handelt es sich um eine einzige Bedrohung. Es gibt eine Kontinuität zwischen den internen und den externen Akteuren und eine Zusammenarbeit der antidemokratischen Kräfte.

In Ihrem jüngsten Buch, «Liberalism and Its Discontents», schreiben Sie, ein Vorzug des Liberalismus bestehe darin, dass er am besten geeignet sei, mit der Vielfalt in pluralistischen Ländern friedlich umzugehen. Dies scheint jedoch schwieriger geworden zu sein. Warum?

Es gibt mehrere Gründe. Einer davon ist die bereits erwähnte Selbstgefälligkeit der Leute, die in liberalen Demokratien leben. Aber der Liberalismus kämpft auch mit inneren Problemen, die seine Legitimität beschädigt haben. Sowohl auf der Rechten als auch auf der Linken gibt es verschiedene Versionen davon. Da der Liberalismus mit Marktwirtschaft assoziiert wird, macht die Linke ihn für die Ungleichheiten verantwortlich, die vor allem in den letzten dreissig Jahren im Zuge der zunehmenden Globalisierung entstanden sind. Mit einer Marktwirtschaft ohne demokratische politische Institutionen, die Ungleichheiten abmildern, erodiert die Legitimität einer liberalen Ordnung. Auf der rechten Seite besteht die Furcht, dass der Liberalismus die nationale Identität und die Gemeinschaft untergräbt, weil er die Grenzen für Fremde öffnet. Diese beiden Phänomene haben die politische Opposition gegen den Liberalismus befeuert. Trotzdem ist er immer noch die einzige realistische Option. Ich glaube nicht, dass

«Der einzige wirkliche Konkurrent des Liberalismus ist das chinesische System. Aber ich kenne nicht viele Leute, die sich danach sehnen, in China zu leben.»

Liberaler Vordenker und Vorkämpfer

Ikz. · Einer breiteren Öffentlichkeit ist Francis Fukuyama vor allem durch seine These vom «Ende der Geschichte» bekannt, die er 1989 zunächst in einem Aufsatz und später in einem Buch ausführte. Der 69-jährige politische Philosoph ist Professor an der Universität Stanford in Kalifornien und publiziert regelmässig zu politischer Ideengeschichte und zu aktuellen Entwicklungen. In seinem jüngsten Werk «Liberalism and Its Discontents» beschäftigt Fukuyama sich mit den Bedrohungen des Liberalismus von links und rechts. Er argumentiert, beide erwachsen daraus, dass sie liberale Prinzipien ins Extreme trieben: von rechts in Form des Neoliberalismus, von links durch Identitätspolitik. Fukuyama ruft demgegenüber zur Mässigung auf – und zugleich zur beherzten Verteidigung der liberalen Demokratie. Denn er sieht in dieser nach wie vor das beste System, um Konflikte in diversen Gesellschaften zu bewältigen. Daran hat sich seit seinem berühmten ersten Buch nichts geändert.

Francis Fukuyama: Liberalism and Its Discontents. Profile, London 2022. 192 S., Fr. 29.90.

wir zu einer Gesellschaft zurückkehren werden, die sich auf eine einzige Religion oder eine einzige kulturelle Tradition stützt. Die Länder sind bereits so vielfältig, dass nur der Liberalismus sie zusammenhalten kann.

Sie argumentieren, dass Deregulierung und Privatisierung in vielen Ländern den Weg für Populismus geebnet hätten. Aber Länder wie Italien oder Frankreich, in denen Populisten erfolgreich waren, scheinen nicht sehr liberal im ökonomischen Sinne zu sein, ihre Wirtschaft wird stark vom Staat dominiert. Ja, aber sie sind in die Europäische Union eingebunden. Deren Handels- und Investitionsregeln schränken den inneren Spielraum der Länder ein. Die grössten politischen Auswirkungen hatte die Personenfreizügigkeit. Sie hat zu einer gigantischen Völkerwanderung geführt, insbesondere aus Osteuropa. Hinzu kamen der syrische Bürgerkrieg und die daraus resultierende Migrationskrise. All das hat vielen Bürgern das Gefühl gegeben, dass sie nicht entscheiden können, wer in ihr Land kommen darf und wer nicht. Dies steht in direktem Zusammenhang mit dem Aufstieg des Populismus. Das gilt für Frankreich und Italien ebenso wie für andere Teile Europas.

Letztlich geht es um die Frage der Identität. Dem Liberalismus fällt es schwer, den Menschen ein Gefühl der Identität zu vermitteln, wie es der Nationalismus oder der religiöse Fundamentalismus vermögen. Gibt es für liberale Demokratien eine Möglichkeit, ein eigenes Verständnis von nationaler Identität zu befördern?

Davon bin ich überzeugt. Das Gemeinschaftsgefühl in einer liberalen Gesellschaft muss sich auf liberale Ideen stützen, auf politische Freiheit und Demokratie als verbindende Merkmale. In Frankreich nach der Revolution wurde eine nationale Identität auf der Revolution selber, den Ideen von Freiheit und Gleichheit sowie der französischen Sprache aufgebaut. Ein solches Verständnis einer liberalen Identität ermöglicht die Koexistenz von nationaler Identität und Liberalismus.

In den letzten Jahren ist die freie Meinungsäusserung zunehmend bedroht worden, weniger durch den Staat als durch private Akteure wie Tech-Konzerne. Ist private Zensur besser als staatliche?

Beide sind problematisch. Die meisten Menschen würden dem Staat nicht vertrauen, dass er darüber wacht, was als zulässige politische Rede gilt. Doch auch die grossen Tech-Plattformen haben weder die Legitimität noch die Fähigkeit, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie wurden geschaffen, um Geld für ihre Aktionäre zu erwirtschaften, nicht um die Demokratie zu schützen.

Was wäre dann Ihre Lösung?

Ich weiss nicht, ob es eine gute Lösung gibt. Eine von mir geleitete Arbeitsgruppe der Stanford University zum Thema Plattformen hat ein System der sogenannten Middleware vorgeschlagen. Die Idee ist, einen Rechtsrahmen zu schaffen, in dem die Moderationsfunktion für Inhalte von den grossen Plattformen an eine Schicht von konkurrierenden Middleware-Unternehmen ausgelagert wird. Wenn Sie sich heute bei Google oder Facebook anmelden, wird das, was Sie in Ihrem Feed sehen, von einem Algorithmus bestimmt, den das Unternehmen kontrolliert. Sie wissen nicht wirklich, was dabei herauskommt, und Sie haben keine Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Unsere Idee war, dass man unter einer Vielzahl von Middleware-Anbietern wählen kann, die das, was man sieht, auf die von einem selbst getroffenen Entscheidungen abstimmen. Das grundlegende Problem ist die künstliche Verstärkung bestimmter Stimmen gegenüber anderen. Das ist gefährlich – egal ob die Macht dazu bei den Regierungen oder den Technologieplattformen liegt.

Ihr Buch «Das Ende der Geschichte» ist wiederholt dahingehend missverstanden worden, dass es vorhersage, alle Länder würden zu liberalen Demokratien werden. Wie aber würden Sie die tatsächliche Entwicklung beschreiben? Verläuft die Geschichte in Zyklen, in denen die liberale Demokratie zurückgedrängt wird und wieder an Boden gewinnt?

Der Liberalismus wird zurückkommen, weil er das Problem des Umgangs mit der Vielfalt löst. Der sunnitisch-schitische Konflikt im Nahen Osten zum Beispiel wird weiterhin zu Gewalt und Zwietracht führen. Was beide Seiten brauchen würden, ist ein liberaler Rahmen, in dem sie sich gegenseitig tolerieren können. Die grössere Frage ist, ob es eine soziale und politische Organisation gibt, die besser funktioniert als der Liberalismus. Ich habe noch keine gesehen. Der einzige wirkliche Konkurrent des Liberalismus ist das chinesische System einer autoritären Regierung in Verbindung mit einer halbfreien Marktwirtschaft. Das Regime hat ein gewisses Wirtschaftswachstum erreicht und schien in den letzten Jahrzehnten stabil zu sein. Aber ich kenne nicht viele Leute, die sich danach sehnen, in China zu leben oder das chinesische System zu übernehmen.

Ihr neuestes Buch endet mit einem Aufruf zur Mässigung. Was meinen Sie damit?

Mässigung bedeutet, dass man Grundsätze nicht bis zu ihrem absoluten logischen Ende durchsetzen sollte. Wir wissen zum Beispiel, dass Eigentumsrechte und Marktwirtschaft das Wirtschaftswachstum fördern. Das bedeutet aber nicht, dass wir alle staatlichen Eingriffe oder Bemühungen zur Umverteilung von Vermögen und Einkommen abschaffen sollten. Man muss die Auswirkungen der Ungleichheiten, die in der Marktwirtschaft entstehen, abmildern. Ähnlich verhält es sich mit der persönlichen Autonomie. Wir alle wollen in der Lage sein, die wichtigsten Entscheidungen in unserem Leben selber zu treffen, aber wir sollten deswegen nicht alle gemeinsamen Normen zerstören. Mässigung heisst für mich, ein liberales Verständnis von Autonomie zu haben, diese aber nicht so weit zu treiben, dass sie andere Güter wie breiten Wohlstand und ein Gefühl der Gemeinschaft untergräbt.